



FUKUSHIMA JAHRE

TSCHERNOBYL JAHRE

→ Schwerpunkt Seite 6 – 11
und 18 – 19

„Das ist politisch nicht gewollt“

Kinderarzt Alex Rosen über
Krebsstudien in Fukushima

→ Seite 8–9

Gesucht: Steuer- eintreiberInnen

Fünf Milliarden Euro Steuergeschenk
für AKW-Betreiber? Nicht mit uns!

→ Seite 14–15

Die Anmaßung der Stromkonzerne

Der Staat muss die Atommüll-Kosten zahlen,
fordern die AKW-Betreiber. Eine Erwiderung

→ Seite 16–17

Inhalt

- 3 Editorial**
- 4 Anti-Atom-Meldungen**
- 6 Verdrängt, vergessen und explodiert**
Schwerpunkt Sowohl Tschernobyl als auch Fukushima galten als „sichere“ Atomkraftwerke – bis die Realität das Gegenteil bewies
- 8 „Politisch nicht gewollt“**
Interview Dr. med. Alex Rosen, Kinderarzt und im Vorstand der atomkritischen Ärzteorganisation IPPNW, über die gesundheitlichen Folgen von Fukushima und den langen Arm der japanischen Atomlobby
- 10 Protest schon vor dem Super-GAU**
Aktion Die Jahrestage von Fukushima und Tschernobyl sind eine gute Gelegenheit, gegen Atomkraft aktiv zu werden. Ein paar Vorschläge
- 12 Rückblick**
- 14 Streit um die Atom-Steuer**
Aktion Bekommen die AKW-Betreiber ein riesiges Steuergeschenk? Oder wird es für die noch laufenden Reaktoren wirtschaftlich immer enger? Das entscheidet sich in diesem Jahr
- 16 „Unternehmen müssen sich ihrer Verantwortung stellen“**
Dokumentation Der Staat sei schuld an den hohen Kosten für den Atom-müll, behauptet die Atomwirtschaft. .ausgestrahlt-Sprecher Jochen Stay entlarvt dies in seiner Stellungnahme als dreiste Lüge. Ein Auszug
- 18 „Es reicht nicht aus, die Wunden zu verbinden“**
Porträt Gerhard Keller, 55, Mitbegründer des Arbeitskreises „Leben nach Tschernobyl“ in Lang-Göns, hilft den Opfern der Atomkatastrophe – und streitet dafür, neue Opfer zu verhindern

- 20 Der Castor kommt – bald**
Hintergrund Der bisher letzte Castor rollte 2011, nach Gorleben. Neue Transporte sind in Vorbereitung – zu unterschiedlichen Standorten
- 21 .ausgestrahlt-Shop**
- 23 Atomkraft in Ungarn**
Hintergrund Laufzeitverlängerung für alle Reaktoren und Neubau-Pläne für zwei weitere
- 24 Präzedenzfall Brunsbüttel**
Infografik Wie bei den Castor-Hallen in Deutschland Realität und Rechtsprechung auseinanderklaffen

Impressum

.ausgestrahlt
 Marienthaler Straße 35
 20535 Hamburg
 info@ausgestrahlt.de
 www.ausgestrahlt.de

Redaktion: Armin Simon, Jochen Stay, Julia Schumacher
Bildredaktion: Andreas Conradt
Mitarbeit: Andrés Perger, Carolin Franta, Sarah Lahl, Ute Bruckart
Gestaltung: Marika Hausteин (www.marikahausteин.de), Markus v. Fehrn-Stender (www.markusvfs.de)
Druck: Vettors, Radeburg
 Gedruckt auf Recyclingpapier
Auflage: 38.000
V.i.S.d.P.: Jochen Stay

Spendenkonto:
 .ausgestrahlt e.V.
 IBAN: DE51 4306 0967 2009 3064 00
 BIC: GENODEM1GLS
 GLS Bank
 Spenden sind steuerlich absetzbar.

.ausgestrahlt ist eine bundesweite Anti-Atom-Organisation. Wir unterstützen AtomkraftgegnerInnen, aus ihrer Haltung öffentlichen Protest zu machen.

3.102 Förderer und Förderinnen
 spenden bereits regelmäßig für die Arbeit von .ausgestrahlt – vielen Dank!
 www.ausgestrahlt.de/foerdern

Ab April 2016 haben wir wieder Platz für **PraktikantInnen**.
 www.ausgestrahlt.de/praktikum

Dieses **.ausgestrahlt-Magazin** erscheint vier Mal im Jahr. Allen Interessierten schicken wir es gerne kostenlos zu.
 www.ausgestrahlt.de/magazin

Der **.ausgestrahlt-Newsletter** informiert alle zwei bis drei Wochen kostenlos per E-Mail über aktuelle Entwicklungen und Aktionen.
 www.ausgestrahlt.de/newsletter

ausgestrahlt
 gemeinsam gegen atomenergie



AKW Tschernobyl (1986), AKW Fukushima-Daiichi (2011) – in welchem Reaktor kommt es als nächstes zur Katastrophe?

Geschenke für die Atomindustrie

Liebe Leserin, lieber Leser,

zu Jubiläen gibt es häufig Geschenke. Was also will die Kanzlerin der Atomwirtschaft zum 5. Jahrestag von Fukushima und zum 30. Jahrestag von Tschernobyl schenken? Sie plant eine Steuerbefreiung für Atomkraftwerke über mehr als fünf Milliarden Euro – indem sie Ende des Jahres die Brennelemente-Steuer abschafft. Für die AKW-Betreiber würden dann mindestens sechs goldene Jahre folgen. Und wir wissen: Wenn mit Atomstrom viel Geld zu verdienen ist, weckt das umso mehr Begehrlichkeiten für die nächste Laufzeitverlängerung.

.ausgestrahlt hat sich vorgenommen, das zu verhindern. Das schaffen wir natürlich nicht alleine mit elf Leuten im Hamburger Büro. Das kann nur gelingen, wenn viele mitmachen: einzelne Aktive, Initiativen vor Ort und große Organisationen. Jede/r kann etwas beitragen. Auch Du!

Die Jahrestage am 11. März (Fukushima) und 26. April (Tschernobyl) sind dafür ein wunderbarer Anlass. Als AtomkraftgegnerInnen sollten wir uns da nicht auf das Gedenken beschränken – auch wenn es unabdingbar ist,

breit ins Gedächtnis zu rufen, was passiert ist und schon morgen in jedem AKW erneut passieren kann. Wir wollen vielmehr Druck machen, dass auch die verbliebenen AKW endlich vom Netz gehen, und deshalb überall öffentlich fordern: Kein Steuergeschenk für Atomkonzerne! Wie Du dazu beitragen kannst, erfährst Du auf Seite 14/15 in diesem Magazin.

Fünf Jahre ist der Schock von Fukushima jetzt her. Für viele Anti-Atom-Aktive ist die Atomkatastrophe in Japan noch sehr präsent. Und zumindest den etwas Älteren sind auch die Ereignisse von Tschernobyl, nun schon 30 Jahre her, noch gut in Erinnerung. Viele jedoch, die sich nicht jeden Tag mit Atomkraft befassen, haben die Unfälle inzwischen verdrängt und vergessen.

.ausgestrahlt will dagegen halten: mit einer druckfrischen Broschüre und einer neuen Ausstellung, die auf 15 aufwändig gestalteten Plakaten die Ereignisse und Folgen der beiden Super-GAU vergegenwärtigt – und den Blick auch darauf richtet, was hierzulande jederzeit passieren kann. Wir bieten diese Materialien an, doch sie werden nur unter die Leute kommen, wenn es Menschen gibt, die sich darum kümmern, sie zu verbreiten, etwa Du. So funk-

tioniert .ausgestrahlt. Mehr Aktivitäten und Materialien zu den Jahrestagen findest Du auf Seite 10/11 in diesem Heft.

Ist es Dir aufgefallen? Wir haben umgebaut. Aus dem bisherigen „Rundbrief“ ist das .ausgestrahlt-Magazin geworden – informativer und zugleich optisch ansprechender, wie wir finden. Auch unsere Internet-Präsenz und der Online-Shop sind grundlegend erneuert. Dafür gibt es technische Gründe, wir haben die Gelegenheit aber genutzt, um unser Angebot an die veränderten Seh- und Lesegewohnheiten anzupassen. Schließlich wollen wir auch künftig noch viele Menschen erreichen.

Ob Materialien zu den Jahrestagen von Fukushima und Tschernobyl oder zur Brennelemente-Steuer, ob neues .ausgestrahlt-Magazin oder frische Webseite: .ausgestrahlt hat in den letzten Monaten viel vorbereitet für die Auseinandersetzungen um Atomkraft 2016. Wie viel Wirkung das entfaltet, hängt nun auch von Dir und Deinem Engagement ab. Denn nur, wenn viele aktiv werden, können wir real etwas verändern. Bist Du dabei?

Jochen Stay und das ganze .ausgestrahlt-Team



Blockade der Brennelementefabrik Lingen am 25. Juli 2013

Futter für Pannenreaktor

Bedenken bezüglich der Sicherheit der belgischen Uralt-Reaktoren Doel 1-4, die wegen Rissen im Reaktordruckbehälter und häufiger Pannen in den Schlagzeilen sind, äußerte Bundesumweltministerin Hendricks (SPD). Sie schickte einen Katalog mit 15 Fragen nach Belgien, beteuerte jedoch, sie habe keine Handhabe, den Betrieb ausländischer AKW zu verhindern. AtomkraftgegnerInnen wiesen indes nach, dass die Schrottmüller mit Uran aus der Brennelementefabrik im niedersächsischen Lingen laufen. Deren unbegrenzten Weiterbetrieb stellt die Bundesregierung, allem Gerede vom „Atomausstieg“ zum Trotz, nicht in Frage. Allein seit Februar 2014 sind zehn Uranlieferungen von Lingen nach Doel gerollt, fünf weitere Transporte sind genehmigt – vom Hendricks unterstellten Bundesamt für Strahlenschutz.



Schnapsidee für Atommüll

Mit Abfällen aus der Whiskey-Produktion hoffen Forscher aus dem schottischen Thurso, radioaktiv verseuchtes Grundwasser aus der schottischen Atomanlage Dounreay reinigen zu können. Der gebrauchte Malzschrot soll radioaktives Strontium aus dem Wasser filtern, das in Kontakt mit Atommüll kam. Dieser landete in Dounreay jahrelang in einem ungesicherten, einfach in die Klippen gebohrten Schacht. Auch andere Atommülllager auf dem Gelände sind undicht.

Anzeige

DIE Druckerei für Recyclingpapier

recycling-flyer

www.recyclingflyer.de

Abschluss stoppt AKW-Bau

Der Bau des ersten AKW in der Türkei steht wieder in den Sternen. Wegen diplomatischer Spannungen infolge des Abschlusses eines russischen Kampffjets durch die Türkei stoppte die russische Atomenergie-Agentur Rosatom die Bauarbeiten an dem Projekt in Akkuyu an der Mittelmeerküste. Rosatom sollte dort insgesamt vier Reaktoren errichten. Offiziell ist der Vertrag noch nicht gekündigt. Die Türkei hält laut Nachrichtenagentur Reuters aber bereits nach neuen Partnern Ausschau.



Foto: IAEA/Imagobank

In Block A (runde Kuppel) des AKW Gundremmingen kam es bei einem Störfall 1977 zum Totalschaden. Block B und C laufen noch

Gefährliche Ereignisse

In den beiden Siedewasserreaktoren Gundremmingen B und C kommt es deutlich häufiger als in jedem anderen AKW in Deutschland zu Ereignissen, die sich bei unglücklichen Umständen zu einer Kernschmelze ausweiten könnten. Die halbstaatliche Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) zählte bei einer Analyse 14 sogenannte „Precursor“-Zwischenfälle in der Doppelblockanlage allein zwischen 1993 bis 2010. Das ist mehr als in allen sechs noch laufenden anderen AKW zusammen. Die Meiler in Gundremmingen stehen darüber hinaus unter anderem wegen mangelhaftem Erdbebenschutz, ungeklärten Problemen beim Notkühlsystem und wegen der (wie in Fukushima) außerhalb der Sicherheitsbehälter liegenden Abklingbecken in der Kritik.



Foto: Andreas Conrad/PhotoViewing

Rekord bei Ökostrom

Ein Drittel des in Deutschland verbrauchten Stroms stammte 2015 aus erneuerbaren Energien. Mit 194,1 Milliarden Kilowattstunden waren diese der mit Abstand wichtigste Energieträger; sie erzeugten mehr als doppelt so viel Strom wie alle Atomkraftwerke zusammen. Die Steigerung um fast 20 Prozent ist vor allem dem großen Zubau an Windkraftanlagen 2014 geschuldet. Wegen der geänderten Regelungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) kam der Ausbau aller erneuerbaren Energieträger 2015 nur noch deutlich langsamer voran. Der Netto-Stromexport stieg 2015 – trotz Abschaltung des AKW Grafenrheinfeld im Juni – von 35,6 auf 50,1 Milliarden Kilowattstunden. Das entspricht der Stromproduktion von fünf Atomkraftwerken.

Stadtwerke machen Minus

Rote Zahlen werden die Stadtwerke München im Geschäftsjahr 2015 mit ihrer 25-Prozent-Beteiligung am AKW Isar-II schreiben. Für dessen Rückbau und die Lagerung des dort angefallenen und anfallenden Atommülls müssen sie entsprechend ihres Anteils Rückstellungen bilden. 2015 erhöhten sie diese um 100 auf nun 700 Millionen Euro; dass es am Ende eine Milliarde werden könnte, gilt inzwischen nicht mehr als ausgeschlossen. Sollte Eon in den kommenden Jahrzehnten doch Pleite gehen, müssten die Stadtwerke sogar die kompletten Rückbau- und Atommüllkosten alleine schultern. Sie haften nämlich „gesamtschuldnerisch“ mit Eon. Aufbringen muss das Geld im Zweifel die Stadt München: Die Stadtwerke sind zu 100 Prozent in kommunaler Hand. Auch der Stadt Bielefeld droht bei hohen Abriss- und Atommüllkosten ein Loch im Haushalt: Ihre Stadtwerke sind zu einem Sechstel am AKW Grohnde beteiligt. Mehrheitseigner ist auch hier Eon.

Mitmachen

Autobahn-Aktionstag

Samstag, 21. Mai, zwischen Jülich und Ahaus – Noch ist nicht entschieden, was aus den 152 Castor-Behältern mit hochradioaktivem Atommüll wird, die ohne Genehmigung in einer Halle in Jülich stehen. Die Politik diskutiert einen Transport ins Zwischenlager Ahaus. Dagegen wenden sich nordrhein-westfälische Anti-Atom-Initiativen mit einem Autobahn-Aktionstag entlang der möglichen Routen.



Foto: ana-west/PhotoViewing

Kulturelle Widerstandspartie

Freitag, 13. Mai, Atomanlagen im Gorlebener Wald – 8.000 Menschen feierten am Pfingstfreitag 2015 rund um die Atomanlagen im Wendland ein Fest des Protests. Auch 2016 ist Gorleben als Atommüll-Standort nicht vom Tisch. Deshalb laden die BI Lüchow-Dannenberg und die AusstellerInnen der „Kulturellen Landpartie“ auch dieses Jahr für Pfingstfreitag (13. Mai) erneut zu einer Widerstandspartie mit einer bunten Mischung aus Kultur und Politik in den Gorlebener Wald ein. Die gesamte „Kulturelle Landpartie“ im Wendland läuft wie immer von Himmelfahrt bis Pfingsten, dieses Jahr also vom 5. bis 16. Mai.

Anzeige

Anti-Atomstrom

Nach Tschernobyl haben Schönauer Bürger ihr Stromnetz freigekauft und einen bundesweiten Ökostromversorger in Bürgerhand aufgebaut. Die EWS fördern Ökokraftwerke und unterstützen genossenschaftliche Energieprojekte.



Deutscher Umweltpreis 2013

Auf nach Schönau!

Wechseln Sie zum 5-Sterne-Ökostrom

Die Erzeuger unseres 100 % regenerativen Stroms haben keine Kapitalbeteiligungen von Atom- und Kohlekraftwerksbetreibern oder deren Tochterunternehmen.



atomstromlos. klimafreundlich. bürgereigen.

Elektrizitätswerke Schönau Vertriebs GmbH . Fon: 07673/88850 . www.ews-schoenau.de



April 1986: Dampf steigt aus dem völlig zerstörten Block 4 des AKW Tschernobyl

Foto: chnpp.gov.ua

Verdrängt, vergessen und explodiert

Schwerpunkt Sowohl Tschernobyl als auch Fukushima galten als „sichere“ Atomkraftwerke – bis die Realität das Gegenteil bewies. Das mahnt, auch alle anderen Meiler endlich abzuschalten

Vorsicht, Regen! Plötzlich ist der gefährlich, bringt Cäsium, Strontium, Jod. Das AKW Tschernobyl in der Ukraine, in der Nacht auf den 26. April 1986 von einer gewaltigen Explosion regelrecht zerfetzt, ist 1.000 Kilometer weit weg. Doch der Dreck von dort fällt auch in Deutschland vom Himmel runter. Den Super-GAU, den gibt es also wirklich. Und er ändert viel.

Der Boden: kontaminiert. Das Gras: radioaktiv. Die Milch folglich auch. Der Sandkasten wird Sperrzone, die Kinder bleiben drinnen, Schuhe strikt draußen. Haare: täglich waschen. Eigene Ernte? Lieber nicht! Und die Bäuerinnen und Bauern? Pflügen das Gemüse unter. Müssen es wegkippen. Oder verkaufen es doch. Die Zeitungen sind voller Messwerte. Was war nochmal ein Becquerel? Und eine Frage bleibt: Was können wir noch essen?

Der Super-GAU von Tschernobyl zerstört Leben, Gesundheit, Familien und Heimat von Millionen Menschen, und das längst nicht nur in der direkten Umgebung des AKW. Tausende Säuglinge sterben, die Zahl schwerer Fehlbildungen nimmt zu, etwa eine Million Mädchen kommt erst gar nicht zur Welt. Noch immer sind riesige Gebiete in Europa mit radioaktivem Cäsium kontaminiert, Wildschweine und Pilze aus manchen Regionen Deutschlands dürfen selbst nach den laxen europäischen Strahlenschutzgrenzwerten bis heute nicht verzehrt werden. Genetische Schäden werden noch in 300 Jahren auftreten.

Kein einziges AKW ging nach Tschernobyl in Deutschland mehr in Bau; auch weltweit nahm die Zahl der Neubauprojekte über zwei Jahrzehnte stetig ab. Dann geriet der Super-GAU ein wenig in Vergessenheit – zu Unrecht:

Erstens dauern, siehe oben, die Folgen der Atomkatastrophe bis heute an. Und zweitens hat sich daran, dass Atomkraft eine extrem gefährliche Methode zur Stromerzeugung ist, schlicht nichts geändert.

Kann hier nicht passieren?

„Ein solcher Unfall kann hier nicht passieren“ beteuerten nach Tschernobyl alle, die weiter auf Atomkraft setzten, denn es war ja ein sowjetisches AKW, das da in die Luft geflogen war, mit natürlich gravierenden Sicherheitsmängeln. Nur hatten die zuvor niemanden gestört, geschweige denn die Inbetriebnahme des Meilers verhindert. Selbst die „Atomwirtschaft“, das bundesdeutsche Zentralorgan der Branche, bedachte den Reaktor im Dezember 1983, zweieinhalb Jahre vor seiner Explosion, noch ausdrücklich mit Lob: „Die Verlässlichkeit des ganzen Systems ist sehr hoch (...)“

Am 26. April 1986 genügte ein kleiner Fehler der Betriebsmannschaft, die Kettenreaktion binnen weniger Sekunden bis zur Explosion des Reaktors anzuheizen. Fehler, die gravierende Folgen haben können, passieren jedoch auch in westlichen AKW. So wie 1987 im AKW Biblis A, als ein wichtiges Ventil offensteht. Zwei Schichten lang tippen die Operateure auf einen Defekt der Warnlampe. Die dritte Schicht startet schließlich eine riskante Aktion, um die Armaturnieder zu schließen. Um ein Haar hätte der Kern dabei seine Kühlung verloren. „Wir haben sagenhaftes Glück gehabt“, urteilt der Reaktorsicherheitsexperte Lothar Hahn, später jahrelang Geschäftsführer der halbstaatlichen Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS), als der Beinahe-GAU Ende 1988 öffentlich wird.

So wie am 25. Juli 2006 im schwedischen AKW Forsmark: Ein Kurzschluss außerhalb der Anlage führt zum Stromausfall im AKW, nur zwei von vier Notstromdieselmotoren springen an. Dass nicht alle ausfallen, ist purer Zufall – dann wären ganze 18 Minuten bis zum Beginn der Kernschmelze geblieben.

Schließlich die Reaktoren 1, 2 und 3 im japanischen AKW Fukushima: Dass Japan Erdbebengebiet ist, war kein Geheimnis, ebenso, dass es bei Beben im Meer zu Tsunamis kommen kann. Die Meiler waren deshalb stärker als etwa die in Deutschland gegen solche Naturereignisse geschützt. Und ungeachtet aller Schwachstellen galten sie – wie alle AKW! –

offiziell als „sicher“, das Unfallrisiko als vernachlässigbar. Weder der Betreiber noch die Aufsichtsbehörden schritten ein. Die Reaktoren blieben in Betrieb – bis zum Super-GAU in den Tagen ab dem 11. März 2011. Da war es dann zu spät, sie sicher abzuschalten.

In Deutschland sind noch acht AKW am Netz. Keines davon wäre heute noch genehmigungsfähig. Keines entspricht dem Stand von Wissenschaft und Technik, den das Atomgesetz eigentlich fordert. In keinem ist ein schwerer Unfall bis hin zum Super-GAU ausgeschlossen. Und mit jedem Tag, den sie länger laufen – Stichwort: Materialermüdung –, wird das Risiko größer.

Rechtzeitig abschalten

Tschernobyl und Fukushima mahnen, die Gefahr einer Atomkatastrophe, die Leben und Gesundheit von Millionen bedroht, ernst zu nehmen. Sie mahnen, den Beteuerungen, diese oder jene Anlage sei „sicher“, keinen Glauben zu schenken. Beide Unfälle haben Schwachstellen offenbart, die davor keinen der Verantwortlichen bekümmert haben. Wir können mit Sicherheit davon ausgehen, dass es auch in den hiesigen Anlagen noch mehr solcher – unerkannten oder unbeachteten – Schwachstellen gibt. Dagegen hilft nur eines: Die Meiler abschalten, bevor es zur nächsten Katastrophe kommt!

Armin Simon



März 2011: Dampf steigt aus dem zerstörten Block 3 des AKW Fukushima-Daiichi

50 Mio.

Haarscharf davongekommen

Der Großraum Tokio entgeht am 15. März 2011 nur knapp der Katastrophe: Eine der gefährlichsten radioaktiven Wolken zieht über ihn hinweg, um ein Haar hätte es geregnet. „Das hätte den Kollaps unseres Landes bedeutet“, urteilt Naoto Kan, damals japanischer Premierminister, im Rückblick.

320.000 t

Hochradioaktives Wasser

Mehrere Hundert Tonnen Wasser müssen jeden Tag in die lecken Reaktoren in Fukushima gepumpt werden, um den geschmolzenen, noch immer heißen Brennstoff im Innern zu kühlen. Radioaktiv kontaminiert tritt es anschließend wieder aus; 320.000 Tonnen strahlen bereits in unsicheren Tanks auf dem Gelände vor sich hin.

54.000

Atomtüll-Standorte

Dekontaminierungstrupps in der Präfektur Fukushima graben unter anderem die obere Bodenschicht ab. Der Atomtüll stapelte sich 2015 an rund 54.000 Standorten, meist unter freiem Himmel – von der fußballfeldgroßen Bigpack-Halde bis zum Mini-Zwischenlager in der Hauseinfahrt. Das Plastikgewebe der Säcke ist nicht UV-beständig und wird unter Witterungseinflüssen schnell brüchig. Die japanische Regierung hofft, den größten Teil des strahlenden Erdreichs für staatliche Bauvorhaben nutzen zu können.

80 %

Fallout über dem Pazifik

8 %

Japans verseucht

Vier Fünftel des radioaktiven Fallouts aus Fukushima bläst der Wind über den Pazifik. Trotzdem sind acht Prozent der Landesfläche Japans mit mehr als 10.000 Becquerel Cäsium pro Quadratmeter verseucht.

„Politisch nicht gewollt“

Interview Dr. med. Alex Rosen, Kinderarzt und im Vorstand der atomkritischen Ärzteorganisation IPPNW, über unerwünschte Gesundheitsstudien zu Fukushima, erschreckend viele Schilddrüsenkrebsfälle bei Kindern und den langen Arm der japanischen Atomlobby

Fünf Jahre ist der Super-GAU von Fukushima her. Ist das Schlimmste überstanden?

Nein. Wir fangen gerade erst an, die ersten Folgen zu sehen. Viele der durch radioaktive Strahlung hervorgerufenen Krankheiten haben eine Latenzzeit von Jahren oder Jahrzehnten. Zudem tragen sie kein Herkunftssiegel. Um die Folgen des Super-GAUs zu erfassen, muss man gezielte, gut angelegte epidemiologische Studien machen, sonst findet man diese Fälle nicht und sie gehen im Grundrauschen aller Erkrankungen unter.

Gibt es solche Studien in Japan?

Immerhin eine – allerdings nur unter Kindern bis 18 Jahren, nur in Fukushima und nur speziell mit Blick auf Schilddrüsenkrebs.

Wie unabhängig ist dieses Screening?

Nun ja, wir haben nichts anderes. Durchgeführt wird die Studie von der Fukushima Medical University unter Leitung von Prof. Dr. Shunichi Yamashita. Dieser hat sehr enge Beziehungen zur Atomindustrie. Aufgefallen ist er durch seine „Beratung“ der Präfektur Fukushima 2011, trotz der radioaktiven Wolken aus dem AKW keine Jodtabletten zu verteilen. Selbst 100 Millisievert im Jahr seien völlig ungefährlich, behauptete er, und dass man, wenn man lächelt, keine Folgen radioaktiver Strahlung zu erwarten habe. So ein Verharmloser also führt nun diese Studie durch. Es gibt zahlreiche Beschwerden von Elternverbänden und ÄrztInnen. Im Ergebnis wird die Studie das tatsächliche Risiko sicher unterschätzen. Gleichzeitig jedoch zeigt selbst sie bereits jetzt eine deutlich erhöhte Anzahl von aggressiven Schilddrüsenkrebsfällen, die wir in diesem Maß zu einem so frühen Zeitpunkt nicht erwartet hätten.

Inwiefern?

115 Kinder in der Präfektur mussten bereits operiert werden, weil ihr Krebs sehr aggressiv oder metastasiert war.

Ist das nun viel oder wenig?

Für die Studie wurden etwa 300.000 Kinder untersucht. Da würde man einen Schilddrüsenkrebsfall im Jahr erwarten, das ist der japanische Durchschnitt bei Kindern. Die Studie läuft seit vier Jahren, also hätte man vier Fälle erwartet, und zwar welche, die nicht unbedingt so aggressiv sind, dass man sofort operieren müsste. Stattdessen haben wir nun 115 gesicherte, aggressive Fälle sowie mehr als 100.000 Kinder, deren Zweituntersuchung noch aussteht, sodass die Fallzahl sicher noch steigen wird. Und das ist erst der Anfang, befürchten wir.

Warum?

Wegen der Latenzzeit von Schilddrüsenkrebs. Nach vier Jahren ist erst mit einem langsamen Anstieg zu rechnen. In Tschernobyl sind die Fallzahlen über Jahrzehnte angestiegen.

Es gibt Studien, die versuchen, die insgesamt zu erwartenden Krebserkrankungen abzuschätzen. Darin ist die Rede von bis zu 22.000 bis 66.000 Fällen. Wie passt das zusammen?

Was man bisher sieht, sind ja nur die Schilddrüsenkrebsfälle bei Kindern, also eine sehr sehr seltene Form von Krebs, und auch davon nur die allerersten Fälle. Den Großteil der Krebserkrankungen werden aber die weitaus häufigeren Formen wie Brustkrebs, Darmkrebs, Leukämien und Lymphome ausmachen. Nur gibt es keine Studien, die das spezifisch untersuchen. Also werden wir auch in 20 Jahren keine belastbaren Zahlen hierzu haben. Das ist politisch auch nicht gewollt.

Und die zu erwartenden 22.000 bis 66.000 Krebsfälle?

Diese Zahl beruht auf Abschätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zur radioaktiven Belastung, der die Menschen in Japan durch den Super-GAU von Fukushima während ihres Lebens ausgesetzt sein werden

– multipliziert mit einem Risikofaktor, der die bisherigen Erkenntnisse zu den Folgen radioaktiver Strahlung widerspiegelt. Wobei die Dosisannahmen der WHO wahrscheinlich niedriger sind als die real aufgenommenen Dosen. Wahrscheinlich wird die Zahl der Erkrankungen also noch deutlich höher liegen.

Welche weiteren gesundheitlichen Folgen, jenseits von Krebs, sind aufgrund der Strahlenbelastung zu erwarten?

Das Risiko, an einer Herz-Kreislauf-Erkrankung zu erkranken, steigt bei radioaktiver Belastung – auch wenn diese nur im Millisievert-Bereich liegt, also in den Größenordnungen, welche die meisten Menschen in Fukushima abbekommen. Darüber hinaus sind genetische Folgen zu erwarten: Nach Tschernobyl hatten wir einen Anstieg des Down-Syndroms, von Fehlbildungen, Totgeburten, Frühaborten. Und es gibt auch Erkenntnisse, dass selbst Kinder von strahlenexponierten Eltern ein erhöhtes Krebsrisiko haben. Das sind alles Sachen, die wir in den nächsten Jahrzehnten erwarten.

Hunderttausende sind in den Tagen und Wochen nach dem Super-GAU evakuiert worden, viele hausein noch immer in Notunterkünften. Wie ist es um deren – auch psychische – Gesundheit bestellt?

Der Verlust der Heimat und vielfach auch der Existenz ist ein gewaltiges Trauma. Bäuerinnen und Bauern, Fischerinnen und Fischer etwa, die nicht mehr arbeiten können, weil alles verseucht ist. Gleichzeitig fühlen sie sich nicht ernstgenommen und im Stich gelassen. Vielen droht eine Streichung der Hilfszahlungen, wenn ihre Heimatstädte für „dekontaminiert“ erklärt werden. Die Regierung will, dass sie dann zurückkehren. Viele Familien, Freundschaften, Nachbarschaften zerbrechen daran, weil etwa die Frau mit den Kindern sagt „Ich will nicht in einer verstrahlten Umgebung leben“ und zu ihren Eltern, Freundinnen oder Freunden zieht, während der Mann seinem Beruf nachgehen muss und zurückbleibt.

Wie effektiv ist die Dekontamination der Städte und Siedlungen?

Die hehren Versprechungen sind längst hinfällig: Man sieht, dass das nicht funktioniert. Der radioaktive Staub muss aus jeder Ritze gefegt und gekratzt werden – schon das ist mühsamste Handarbeit. 70 Prozent der Fläche der



Schilddrüsen-Untersuchung in der von engagierten ÄrztInnen betriebenen Fukushima Collaborative Clinic. Dort werden Opfer des Super-GAU ehrenamtlich betreut

Präfektur Fukushima jedoch sind bergiger Wald, den kann man gar nicht dekontaminieren. Das bedeutet aber, dass mit jedem Sturm, Regenschauer und Pollenflug erneut Radioaktivität in die Wohngebiete kommt, auf die Spielplätze, in die Flüsse und auf die Felder. Erst neulich hat eine Studie nachgewiesen, dass es selbst außerhalb der Evakuierungszone immer wieder neue relevante Kontaminationen durch Cäsium-137 gibt, vermutlich durch unachtsame Arbeiten auf dem Kraftwerksgelände.

Dass Jodtabletten 2011, obwohl vorhanden, nicht verteilt wurden, spricht nicht gerade dafür, dass der Strahlenschutz der Bevölkerung an erster Stelle stand. Wie ist das heute?

Man muss die enorme Macht der Atomlobby in Japan sehen. Die Macht, den Premierminister zu stürzen, weil er nach der Katastrophe gesagt hat: „Wir müssen aus der Atomenergie aussteigen“ – und die Macht, die politische Diskussion soweit zu prägen, dass trotz einer

Mehrheit in der Bevölkerung für einen Ausstieg jetzt eine sehr starke Pro-Atom-Regierung wieder bestätigt wurde und erste Reaktoren wieder angefahren werden.

Welches Ziel verfolgt diese Regierung mit Blick auf Fukushima?

Sie will die Akte so schnell wie möglich schließen. Wir haben Berichte von Baseball-Vereinen und Orchestern, die von ihren japanischen Partnern ganz bewusst in die Präfektur Fukushima eingeladen werden. Selbst Teile der olympischen Spiele sollen in Fukushima stattfinden! Das ist ein ganz bewusster Versuch der Regierung, Gras über die Sache wachsen zu lassen und zurück zur Normalität zu kommen. Nicht der Strahlenschutz der Bevölkerung steht da an erster Stelle, sondern die wirtschaftlichen Interessen der Atomlobby.

Interview: Armin Simon



Foto: Helmut Lohrer

Dr. med. Alex Rosen

Dr. med. Alex Rosen ist Kinderarzt in Berlin und sitzt im Vorstand der atomkritischen Ärzteorganisation IPPNW, wo er u.a. für das Thema Atomausstieg und Energiewende verantwortlich ist. Mit den gesundheitlichen Folgen der nuklearen Kette befasst er sich seit seinem Studium. Nach dem Super-GAU in Fukushima hat er zahlreiche Vorträge in Japan gehalten, arbeitet eng mit WissenschaftlerInnen aus aller Welt und der japanischen Anti-AKW-Bewegung zusammen, gibt einen monatlichen Fukushima-Newsletter heraus (www.fukushima-disaster.de) und hat kritische Analysen der Fukushima-Berichte von WHO/IAEO und UNSCEAR verfasst.

Foto: Ian Thomas Ash

Protest schon vor dem Super-GAU

Aktion Die Jahrestage von Fukushima und Tschernobyl sind eine gute Gelegenheit, gegen Atomkraft aktiv zu werden. .ausgestrahlt macht konkrete Vorschläge und unterstützt Aktivitäten vor Ort

Kein einziges AKW ging nach der Explosion des AKW Tschernobyl 1986 in Deutschland noch in Bau. Nach dem dreifachen Super-GAU in Fukushima 2011 ging die Hälfte der Meiler für immer vom Netz. Beides wäre ohne die massiven Anti-Atom-Proteste nicht denkbar

gewesen. Doch der „Atomausstieg“, von dem selbst CDU/CSU inzwischen reden, ist noch lange nicht komplett: Acht AKW sind weiter in Betrieb. Das Risiko, dass es zu einem schweren Störfall kommt, nimmt mit jedem Tag zu.

Warten wir nicht, bis wieder was passiert. Machen wir Druck, dass die Meiler vom Netz gehen, bevor es zum nächsten Super-GAU kommt! Die runden Jahrestage von Fukushima (11. März) und Tschernobyl (26. April) sind dafür eine gute Gelegenheit: Erinnern wir daran, was in Atomkraftwerken passieren kann. Richten wir den Blick auf die Millionen Menschen, die noch heute unter den Folgen der beiden vergangenen Katastrophen leiden. Streiten

wir dafür, dass die acht noch laufenden Reaktoren jetzt stillgelegt werden. Und verhindern wir das milliarden schwere Steuer-Geschenk an die AKW-Betreiber, das CDU und CSU zum Super-GAU-Jubiläum planen.

Überall im Land werden AtomkraftgegnerInnen rund um die Jahrestage aktiv werden. Und Du? Viele Aktionen und Angebote lassen sich schon mit kleinem Aufwand umsetzen. Mehr kannst Du auf die Beine stellen, wenn Du Dich mit anderen zusammenschließt. .ausgestrahlt unterstützt Dich mit Material und Ideen und informiert über geplante Veranstaltungen und Aktionen.

Anzeige



Umwelt und Klima schützen mit sauberer Energie

- Strom aus Wasser- und Windkraft, empfohlen von BUND und NABU
- Biogas aus Rest- und Abfallstoffen
- Anbieter unabhängig von Kohle- und Atomindustrie
- Bau und Förderung neuer Öko-Kraftwerke
- fairer Preis, keine Mindestvertragslaufzeit, einfacher Wechsel



Mahnwachen

.ausgestrahlt ruft dazu auf, am 11. März um 18 Uhr in möglichst vielen Orten Mahnwachen zu veranstalten. Auf der Termine-Karte im Internet siehst Du, wo bereits welche geplant sind. Dein Ort ist noch nicht dabei? Dann organisiere doch selbst eine!



Demonstrationen

An mehreren Standorten von Atomanlagen sowie in großen Städten planen Initiativen und Bündnisse überregionale Demonstrationen. Fest stehen bisher folgende: 6. März Neckarwestheim, 11. März Berlin, 12. März Kiel, 24. April Brokdorf, 24. April Ahaus.

Kongress „5 Jahre Leben mit Fukushima, 30 Jahre Leben mit Tschernobyl“

26. bis 28. Februar, in Berlin, veranstaltet von der atomkritischen Ärztinnen- und Ärzte-Organisation IPPNW. .ausgestrahlt ist mit einem Infostand und einem Input-Referat von Jochen Stay dabei. Mehr Infos unter www.tschernobyl-kongress.de



NIE-WIEDER-Wochen

In einigen Orten schließen sich Initiativen und Organisationen zusammen und planen eine ganze Woche mit Mahnwachen, Aktionen und Veranstaltungen. Wenn Du selbst auch eine NIE-WIEDER-Woche in Deiner Stadt organisieren willst, melde Dich unter carolin.franta@ausgestrahlt.de

Infotour

.ausgestrahlt-Sprecher Jochen Stay geht rund um die Jahrestage auf Infotour mit dem Vortrag „Vor dem nächsten Super-GAU – Atompolitik in Deutschland fünf Jahre nach Fukushima“.

Videoclip & Kinospot

„Mehr Tempo beim Atomausstieg“ fordert der .ausgestrahlt-Videoclip zu den Jahrestagen von Fukushima und Tschernobyl. Leite ihn

Was kannst Du tun?

Zu allen hier aufgeführten Veranstaltungen und Materialien gibt es weitere Informationen auf www.ausgestrahlt.de/jahrestage2016. Dort findest Du auch Hintergrund-Informationen, Tipps für Bücher, Filme und Ausstellungen zum Thema sowie die große Termine-Landkarte mit allen Mahnwachen, Veranstaltungen, Demonstrationen ... Alle Materialien sind auf Seite 21/22 oder unter www.ausgestrahlt.de/shop erhältlich.

gen gab es hierzulande? Kann ein Super-GAU auch bei uns passieren? Geeignet ist sie vor allem für öffentliche Gebäude mit Publikumsverkehr, beispielsweise Schulen, Universitäten, Kulturzentren, Gemeindehäuser, Bibliotheken, Rathäuser, Läden oder Krankenhäuser. Preis nach Selbsteinschätzung 30, 60 oder 120 Euro, Bestellung unter www.ausgestrahlt.de/shop oder auf Seite 22.



Klapp-Karte

Zum aktiv Verteilen bei Mahnwachen, Demonstrationen, Veranstaltungen, Ausstellungen und in der Nachbarschaft hat .ausgestrahlt eine Info- und Protest-Karte konzipiert, die den Bogen von Fukushima und Tschernobyl zur geplanten Abschaffung der Brennelemente-Steuer spannt. Auf der abtrennbaren Aktionspostkarte können Interessierte direkt gegen dieses Milliarden-Geschenk für die AKW-Betreiber unterschreiben sowie weiteres Infomaterial bestellen. In unserem Shop findest Du eine komplette Übersicht über alle Materialien zum Thema Brennelemente-Steuer.

Broschüre

Für alle, die sich nicht mehr erinnern, damals zu jung waren oder einfach noch mal nachlesen wollen, ist die neue Broschüre „Tschernobyl und Fukushima“ von .ausgestrahlt und IPPNW ideal. Im praktischen A6-Format gibt sie auf 40 Seiten Antworten zu allen wichtigen Fragen rund um die beiden bisher größten Atomkatastrophen. Gut geeignet auch zur breiten Verteilung.



Großplakate

Dieses .ausgestrahlt-Plakat wider das Vergessen könnte auch in Deiner Stadt hängen – wenn Du einen Standort aussuchst und das Geld für die Plakatwandmiete sammelst. .ausgestrahlt kümmert sich dann um Druck und Aufhängen der Plakate. Buchungsschluss: 15. Februar.



Ausstellung

„Fukushima, Tschernobyl und wir“ heißt die neueste, druckfrische .ausgestrahlt-Ausstellung: 15 Plakate (Format A1, 60 x 80 cm) mit Fotos, Grafiken und kurzen Texten zu Fakten und Folgen der beiden schlimmsten Reaktorunfälle bisher: Was ist damals geschehen? Was sind die Folgen bis heute? Welche Auswirkungen

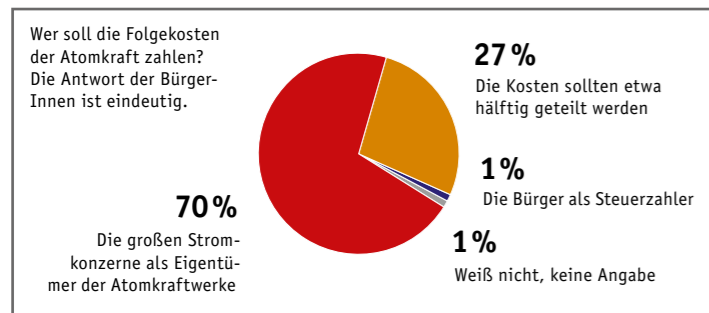
Plakate & Postkarten

Das Motiv des Großplakats gibt es auch als A2- und A3-Plakat sowie als Postkarte zum Aufhängen und Verteilen. Du kannst damit überall deutlich machen: Es ist höchste Zeit, alle Atomkraftwerke endlich abzuschalten.

Nur Atomkonzerne sollen für Atommüll zahlen

Aktionen Mit einem ganzen Bündel an Aktionen und Stellungnahmen macht .ausgestrahlt Druck, damit sich die Atomwirtschaft in der Atom-Finanz-Kommission nicht durchsetzt

Siebzig Prozent der Bevölkerung wollen, dass die großen Stromkonzerne als Eigentümer der Atomkraftwerke auch die Folgekosten der Atomkraft tragen – und zwar allein. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Emnid-Umfrage im Auftrag von .ausgestrahlt (1009 Befragte, 09. – 14. 12. 2015). Demnach sind selbst 64 Prozent der AnhängerInnen von CDU und CSU dagegen, dass der Staat beziehungsweise die BürgerInnen sich an den Kosten beteiligen.



134.096 Unterschriften

Wirtschaftsminister Gabriel hat eine Atom-Finanz-Kommission berufen, die das Thema diskutieren soll. Deren Vorsitzende Trittin und Platzeck sehen sich am 5. November, als das Gremium zum ersten Mal zusammen tritt, gleich mit 134.096 Unterschriften konfrontiert – so viele kamen bei der gemeinsamen Aktion „Keine Bad Bank für AKW“ von .ausgestrahlt und Umweltinstitut München zusammen. Die Forderung: Nehmt den Stromkonzernen das Geld für die Folgekosten der Atomkraft ab, so lange noch etwas zu holen ist – aber entlasst sie damit nicht aus der Haftung. Es braucht einen öffentlich-rechtlichen Fonds mit Nachschusspflicht für die AKW-Betreiber für den Fall, dass die Kosten steigen. Die Unterschriftensammlung läuft weiter – die Debatte fängt schließlich gerade erst an.



Unterschriftenübergabe in Berlin am 5. November

Anhörung vor der Atom-Finanz-Kommission

Gute Argumente gegen eine Beteiligung des Staates an den Atommüllkosten bekommen die Kommissionsmitglieder am 17. Dezember direkt zu Ohren: Als einen von drei Vertretern von Umweltorganisationen hören sie Jochen Stay von .ausgestrahlt als Experten an. Er macht deutlich, wie skandalös die Forderung aus den Reihen der Stromkonzerne eigentlich ist, dass der Staat einen Teil der Folgekosten der Atomkraft übernehmen soll. Denn wer, wie RWE und Eon, alleine seit dem Jahr 2000 bereits 44 Milliarden Euro an seine AktionärInnen ausgeschüttet hat, der sollte auch bereit sein, zu seiner Verantwortung für seinen Müll zu stehen. (Mehr dazu auf Seite 16 – 17.)

Negativ-Beispiel AKW Obrigheim

Am 11. Januar besucht die Atom-Finanz-Kommission das AKW Obrigheim am Neckar, abgeschaltet seit 2005 und jetzt mitten im Abriss. Vor dem Tor demonstrieren VertreterInnen örtlicher Bürgerinitiativen zusammen mit .ausgestrahlt. Einer bemerkt scherzhaft: „Die schauen sich



Protest am AKW Obrigheim am 11. Januar

heute die Löcher an, in denen die Millionen verschwinden.“ Doch die eigentliche Botschaft ist eine andere: Wenn die Kommission Abrisskosten schätzt, dann darf sie dieser Schätzung keine Billiglösungen wie in Obrigheim zugrunde legen, sondern Methoden, die für bestmöglichen Strahlenschutz der Bevölkerung sorgen. In Obrigheim etwa wird die Radioaktivität der Wände nur an wenigen Punkten gemessen. Entsprechend mehr Wand gilt als „unkontaminiert“ – und landet auf normalen Hausmülldeponien.

→ Das vollständige Umfrageergebnis, Jochen Stays Stellungnahme bei der Experten-Anhörung sowie die Unterschriftensammlung gibt's online unter www.ausgestrahlt.de/badbank



Jochen Stay (.ausgestrahlt), Sebastian Sladek (EWS), Thomas Jorberg (GLS Bank) und Reinhard Uhrig (Global 2000) mit 179.065-fachem Protest

Schwere Post für Brüssel

1,8 Tonnen Beschwerdebriefe gegen milliardenschwere Subventionen für den Bau des AKW Hinkley Point gehen am 27. November von Freiburg aus auf die Reise nach Brüssel. Adressat der prall gefüllten Postsäcke ist die EU-Kommission – sie hat die wettbewerbsverzerrende Atom-Beihilfe des britischen Staates erlaubt. 179.065 Menschen haben dagegen schriftlich Beschwerde eingelegt. .ausgestrahlt hatte gemeinsam mit den Elektrizitätswerken Schönau (EWS) und vielen anderen Organisationen zum Protest aufgerufen.

Alles neu im Netz

Nach einem Jahr Vorarbeit und mehreren Monaten Umsetzung geht am 12. Januar der neue Internetauftritt von .ausgestrahlt online. Der bisherige stammte aus den Jahren 2008/09, technisch gesehen ein anderes Zeitalter. Jetzt sind die Seiten besser auf mobilen Endgeräten darstellbar. Die inhaltliche Struktur präsentiert sich aufgeräumter, alles ist übersichtlicher gestaltet. Auch erste Texte aus unserem Projekt „Basis-Argumente gegen Atomkraft“ sind schon zu lesen. Wir wollen damit auch denen, für die Atomkraft ein neues Thema ist, leicht verständlich vermitteln, was an dieser Art, Strom zu erzeugen, so gefährlich ist. Der Online-Shop von .ausgestrahlt präsentiert sich ebenfalls völlig neu – schau gerne rein und bestell Dir aktuelles Material, etwa zur Brennelemente-Steuer und zu den kommenden Jahrestagen von Fukushima und Tschernobyl. www.ausgestrahlt.de/shop



Foto: fotocita.de



SPD-Parteitag in Berlin, 11. Dezember

Aufklärung für die SPD

11. Dezember, SPD-Bundesparteitag in Berlin. Vor der Halle halten AktivistInnen ein Banner in die Luft: „Die SPD muss handeln: Kein Steuergeschenk für Atomkonzerne! Verhindert die Abschaffung der Brennelemente-Steuer!“ Flyer für die Delegierten erläutern das Problem: Wenn die SPD nicht interveniert, bekommen die AKW-Betreiber ab 2017 mehr als 5 Milliarden Euro geschenkt. Die Reaktionen zeigen: Offensichtlich hatten viele SozialdemokratInnen das Thema bisher nicht auf dem Schirm.

www.ausgestrahlt.de/brennelementesteuer



Brennstäbe, noch vor der Montage zu Brennelementen

Foto: Foro Nucleär

Streit um die Atom-Steuer

Aktion Bekommen die AKW-Betreiber ein riesiges Steuergeschenk? Oder wird es für die noch laufenden Reaktoren wirtschaftlich immer enger? Das entscheidet sich in diesem Jahr

Als Eon ankündigte, das bayerische AKW Grafenrheinfeld schon im Sommer 2015 vom Netz zu nehmen, ein halbes Jahr früher, als gesetzlich vorgeschrieben, waren viele überrascht. Doch der Konzern hatte handfeste ökonomische Gründe: Jeweils beim Einsatz neuer Brennelemente fällt eine 2010 von der schwarz-gelben Bundesregierung eingeführte Steuer an. Die wäre Eon teurer gekommen als der in sechs Monaten noch zu erwirtschaftende Gewinn.

Geht es nach CDU und CSU, wird so etwas nicht noch einmal vorkommen: Sie wollen die Steuer Ende 2016 streichen. So kämen die AKW-Betreiber in den nächsten Jahren zu zusätzlichen Einnahmen von mehr als fünf Milliarden Euro. Atomkraftwerke wären trotz niedriger Preise an der Strombörse plötzlich wieder ein blendendes Geschäft.

Ziel ist eine Gesetzesänderung

.ausgestrahlt und Umweltinstitut München wollen dies gemeinsam mit vielen BündnispartnerInnen und Aktiven vor Ort verhindern.

Das Problem: Die Steuer-Befreiung Ende 2016 steht bereits im Gesetz. Wir müssen also eine Gesetzesänderung erreichen. Das ist wesentlich schwerer, als ein Gesetzesvorhaben zu verhindern.

Aber es gibt eine Chance: Denn der Koalitionspartner von CDU/CSU, die SPD, ist gemeinsam mit der Opposition dafür, die Steuer auch über 2016 hinaus zu erheben. Zumindest stand dies im Parteiprogramm zur letzten Bundestagswahl. Und nachdem eine Klage der Stromkonzerne gegen die Steuer im Juni 2015 vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) gescheitert war, erklärte Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD): „Über die Steuer wird mehr Wettbewerbsgleichheit zwischen den Energieträgern hergestellt. Zugleich liefert der EuGH ein gutes Argument für eine mögliche Verlängerung der Atomsteuer bis zum Betriebsende des letzten deutschen Atomkraftwerks.“

Unser Ziel ist, dass der Bundestag noch in diesem Jahre ein Gesetz beschließt, wonach die Brennelemente-Steuer weiter erhoben wird. Dazu muss in einem ersten Schritt die

Öffentlichkeit mitbekommen, welcher Skandal sich abzeichnet, wenn das nicht passiert. Dann wollen wir die SPD motivieren, sich der Auseinandersetzung in der Koalition zu stellen. Und schließlich muss die Union überzeugt werden, dass es keine gute Idee ist, diesem Anliegen zu widerstehen.

AKW auf der Kippe

Gelingt dies, würde es eng für die AKW-Betreiber. Das zeigt nicht nur das Beispiel Grafenrheinfeld. Fallen die Preise an der Strombörse weiter, kann dann schon der Ausfall eines teuren Bauteils in einem Reaktor zu dessen Ausführen – weil sich die Investition in eine Reparatur nicht mehr lohnt. Im AKW Würzgassen wurden 1994 Haarrisse in einem Stahlzylinder am Reaktorkern entdeckt. Dessen Austausch hätte 200 Millionen DM gekostet. Der Betreiber beschloss daraufhin, das Kraftwerk aus wirtschaftlichen Gründen stillzulegen.

Jochen Stay

300 Atomsteuer-EintreiberInnen gesucht



Gemeinsam mit dem Umweltinstitut München, mit weiteren Bündnispartnern und mit unzähligen Aktiven in der ganzen Republik will .ausgestrahlt dafür sorgen, dass es kein Steuergeschenk für die AKW-Betreiber gibt. Dafür suchen wir in möglichst vielen Orten „Atomsteuer-Eintreiber“ und „Atomsteuer-EintreiberInnen“: Menschen, die in Sachen Brennelemente-Steuer bei sich im Ort oder Stadtteil aktiv sind oder werden. Wenn Du für Deinen Ort oder Deinen Stadtteil im Rahmen Deiner Möglichkeiten dafür sorgen kannst, dass beispielsweise Plakate hängen, Infomaterial ausliegt, Unterschriften gesammelt werden, dann melde Dich bei .ausgestrahlt. 300 Aktive wollen wir für den Anfang finden, etwa 150 haben sich nach einem Aufruf in unserem E-Mail-Newsletter im Januar schon gefunden.

Bist auch Du dabei? Dann schreib eine E-Mail, Betreff „Atomsteuer eintreiben“, an helge.bauer@ausgestrahlt.de im Hamburger .ausgestrahlt-Büro und teile Deinen Namen, Ort und – wenn Du möchtest – Telefonnummer mit. Auch Gruppen und Initiativen können sich melden. Deine/Eure Daten werden nicht weitergegeben oder veröffentlicht.

Unterschriften sammeln – Infos verteilen

Natürlich kannst Du auch ohne den Titel eines/r Atomsteuer-EintreiberIn aktiv werden. Sammle Unterschriften mit der diesem Heft beiliegenden Liste. Im .ausgestrahlt-Shop kannst du weitere bestellen, ebenso Plakate und Infomaterial. Sorge dafür, dass viele Menschen von diesem Steuer-Skandal erfahren.

Sprich mit SPD-Mitgliedern darüber. Misch Dich ein!

Eine besondere Aktion: Kennst Du diese Visitenkarten, die GebrauchtwagenhändlerInnen an die Fenster parkender Autos stecken? In diesem Format haben wir ein Kärtchen produziert, das auf das Thema Brennelemente-Steuer aufmerksam macht samt einer kurzen Erläuterung auf der Rückseite. Wenn Du mit einem Stapel dieser Kärtchen über einen großen Parkplatz gehst oder an einer zugewirkten Straße entlang, kannst Du in kurzer Zeit viele Menschen informieren.

Mehr Infos zur Kampagne „Brennelemente-Steuer nicht abschaffen“ findest Du auf unserer Webseite.

Autofahren heißt: Steuern zahlen.
AKW betreiben heißt: Steuerbefreiung 2017.



Anzeige

Ohne viel Rotieren zum grünen Konto

So einfach war es noch nie, zur ersten sozial-ökologischen Bank zu wechseln:
1. Onlineformular ausfüllen. 2. Per Webcam legitimieren. 3. Mit unserem Kontowechselservice unkompliziert Ihre Zahlungspartner informieren. Entscheiden Sie sich für die sinnvolle Bank. Das macht Sinn. www.gls.de

GLS Bank
das macht Sinn

„Unternehmen müssen sich ihrer Verantwortung stellen“

Dokumentation Der Staat sei schuld an den hohen Kosten für den Atommüll, behauptet die Atomwirtschaft. „ausgestrahl-Sprecher Jochen Stay entlarvt dies in seiner Stellungnahme vor der Atom-Finanz-Kommission im Wirtschaftsministerium als dreiste Lüge. Ein Auszug

Freshfields

Die Position der Atomwirtschaft in Sachen Atommüll-Kosten legt ein 144-seitiges Gutachten dar, das die Wirtschaftskanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer vor der Atom-Finanz-Kommission im Wirtschaftsministerium präsentierte. Darin heißt es etwa:

„Ganz im Gegensatz zur veröffentlichten Meinung, wonach im Kernenergiebereich ‚Gewinne privatisiert, Verluste sozialisiert‘ würden, sollen die Vorschläge [für einen Fonds] legitimieren, die finanziellen Folgen staatlich verursachter Risiken zu privatisieren.“

„Bei Lichte betrachtet, handelt es sich um eine moderne ‚Haltet-den-Dieb‘-Variante: Unter Negierung seiner eigenen Verantwortung schafft und behauptet der Staat größtmögliche Unsicherheit, um dadurch Zugriff auf unternehmerische Vermögenswerte in Milliardenhöhe legitimieren zu können.“

„Es sind [die] allein politisch motivierten, aber nicht sicherheitstechnisch zu rechtfertigenden Kehrtwendungen [des Staates], welche die Kosten der Endlagerung treiben und Unsicherheit säen.“

Ich habe das Gutachten von Freshfields gelesen. Ich gehe davon aus, dass sich darin die Position der AKW-Betreiber wiederfindet. Da wird unheimlich viel gejammert und lamentiert über die schwierigen politischen Rahmenbedingungen, durch die zusätzliche Kosten beispielsweise bei der Atommüll-Lagerung entstehen. Doch diese Beschwerden fallen meines Erachtens auf die Stromkonzerne selbst zurück. Klar, es gab Zeiten, in denen die Wenigen, die von der Nutzung der Atomkraft profitieren, mehr Einfluss hatten, als die Vielen, die den Risiken ausgesetzt sind. Mir fällt da sofort die Überheblichkeit eines Herrn Großmann ein, der darüber feixte, dass er 2010 Laufzeitverlängerungen gegen eine große gesellschaftliche Mehrheit durchsetzen konnte, weil er einen guten Draht ins Kanzleramt hatte. Und mir fällt ein, dass das Amt des obersten Atomaufsehers der Republik lange Jahre von einem bekannten Nuklearlobbyisten besetzt war – der jetzt auch hier in der Kommission sitzt.

Das Gorleben-Spiel

Aber wer so agiert und sich auf seine Macht verlässt, der geht eben auch große Risiken ein, weil er den Interessen der Mehrheit schadet. Wer selbst nach der Tschernobyl-Katastrophe noch neue Reaktoren in Betrieb nimmt, wer Atommüll produziert, ohne dass die Frage der Langzeitlagerung geklärt ist, wer mit aller Macht für Laufzeitverlängerungen kämpft, in einer Gesellschaft, die Atomenergie mehrheitlich ablehnt, dem ist nicht zu helfen.

Wie der Gorleben-Untersuchungsausschuss ermittelt hat, war schon wenige Jahre nach der Standortbenennung 1977 klar, dass der Salzstock nicht als Atommüll-Lager geeignet

ist. Doch kein AKW-Betreiber hat sich bei der Politik oder den Behörden beschwert, dass in Gorleben trotzdem weitergebaut wurde. Niemand hat teure Anwälte engagiert, um das Projekt zu stoppen. Die EVU haben brav dafür gezahlt. Denn das Bergwerk hatte eine wichtige Funktion für sie. Nicht etwa zur künftigen Lagerung von Atommüll. Sondern es war die Lebensversicherung für die Atomkraftwerke.

Wer ein AKW betreiben will, muss den Behörden einen Entsorgungsnachweis vorlegen, damit er eine Betriebsgenehmigung bekommt. Und dieser Nachweis konnte unter anderem damit erbracht werden, so stand es in der entsprechenden Verordnung, dass es Fortschritte bei der Suche nach einem Endlager gibt. Dann hieß es: Wir graben ja in Gorleben, es gibt also Fortschritte. Und so gab es die behördliche Genehmigung zur Produktion von Atommüll – ohne dass die Probleme der langfristigen sicheren Lagerung gelöst sein mussten.

Und jetzt, da dieses Spiel mit Gorleben nicht mehr so reibungslos funktioniert, jetzt, wo der Widerstand aus der Bevölkerung dafür gesorgt hat, dass über eine vergleichende Suche zumindest nachgedacht wird (ich bin noch nicht sicher, ob es wirklich dazu kommt), jetzt beschweren sich die Stromkonzerne, das würde aber teuer werden und das hätten sie ja nicht zu verantworten. Tja, Pech gehabt, würde ich sagen – die eigene Macht überschätzt.

Ich sage es bewusst zugespitzt, damit die Absurdität dieser aktuellen Debatte deutlich wird: Die kommenden Generationen werden, da bin ich mir sicher, die Produktion von Atommüll durch unsere Generation als Verbrechen an unseren Nachkommen brandmarken. Wer nun aber mit einem solchen Verbrechen Milliarden verdient hat und dann auch noch jammert, wenn das nicht mehr funktioniert

KOSTENEXPLOSIONEN BEI GROSSPROJEKTEN



UND BEIM ATOMMÜLL WIRD'S KLAPPEN,
ODER WAS?



Zwei der drei Vorsitzenden der Atom-Finanz-Kommission, Ole von Beust und Matthias Platzeck, haben bereits einschlägige Erfahrungen mit Großprojekten und den Kostenschätzungen dazu gemacht

und man dann zumindest finanziell zur Verantwortung gezogen wird, das ist schon schäbig.

Ich würde mir wünschen, dass die Stromkonzerne sich ihrer Verantwortung demütig stellen, statt teure Anwälte zu engagieren, die versuchen, die Kosten für die Folgen eines verwerflichen Handelns anderen aufzudrücken. Und nein, das Aktienrecht steht dem nicht entgegen. Es wäre ein gigantischer Reputationsgewinn für diese Unternehmen. Und der lohnt sich auch ökonomisch.

Geologie und Physik

Freshfields beschwert sich darüber, dass die Suche nach einem langfristigen Lagerplatz für den Atommüll länger dauert, komplizierter und damit teurer wird, als sie es gerne hätten. Und sie sagen, das sei die Verantwortung des Staates und nicht der Unternehmen.

Ja wie hätten sie es denn gerne? Den Standort Gorleben trotz geologischer Mängel einfach zu Ende bauen, weil es dann schön billig wird? Es ist ja nicht so, dass niemand die AKW-Betreiber davor gewarnt hätte, dass es in Sachen Atommüll komplizierter und damit teurer werden kann, als sie selbst immer behauptet haben – weil es nämlich bis heute einfach keine einzige wirklich sichere langfristige Lösung gibt. Ist das staatliches Versagen? Oder doch einfach Geologie und Physik – mithin auch Vorständen und Aufsichtsräten bei Investitionsentscheidungen zugängliche Information?

Als Monika Griefahn als Umweltministerin im niedersächsischen Kabinett Schröder/Trittin Anfang der 1990er Jahre das Projekt Gorleben beenden wollte, engagierten die Stromkonzerne teure Anwälte, um dies zu verhindern. Den Unternehmen wären viele Kosten

erspart geblieben, wenn sie Griefahn, also den Staat, hätten machen lassen. Dann wären wir heute schon deutlich weiter. Nicht der Staat ist also Verursacher der teuren Verzögerungen, sondern die Energiewirtschaft selbst.

Wie hätten sie es denn gerne? Noch mehr Polizei und noch mehr Gewalt, um das Projekt durchzusetzen?

Mich hat Hannes Wimmer beeindruckt, der Geschäftsführer der Gesellschaft für Nuklearservice, also quasi der oberste Atommüll-Mann der Stromkonzerne – Mister Castor, wenn man so will. Er hat sich beim letzten Castor-Transport nach Gorleben 2011 beobachtend unter das Demonstrationsgeschehen gemischt, hat sich den Einsatz von 30.000 Polizeibeamtinnen und Beamten angesehen, den Protest und Widerstand der örtlichen Bevölkerung und vieler Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet, der dazu geführt hat, dass dieser Transport länger dauerte als jeder zuvor. Die Polizei musste insgesamt über 100 Blockadeaktionen räumen. Und Wimmer hat hinterher gesagt: So kann das nicht weitergehen. So können wir diesen Konflikt nicht lösen. Es braucht einen Neustart.

Und daraus macht Freshfields lapidar: Die Politik macht ihren Job nicht, also muss der Staat für jede Verzögerung zahlen. Nein, umgekehrt wird ein Schuh draus: Unternehmen, die mit einer Technik Geld verdienen, die diese und kommende Generationen gefährdet, die deshalb schwerwiegende gesellschaftliche Konflikte auslösen, diese Unternehmen sollten dringend über das eigene Geschäftsmodell nachdenken – und sich ihrer Verantwortung stellen.

Und wenn sie es nicht freiwillig tun, dann muss diese Kommission Regelungen finden, die sie dazu zwingen.

Atom-Finanz-Kommission

Eine vom Wirtschaftsminister berufene, 19-köpfige Atom-Finanz-Kommission soll bis Ende Februar einen Vorschlag erarbeiten, wie die Folgekosten der Atomkraft gesichert werden können. Vorsitzende sind Ole von Beust (CDU), Matthias Platzeck (SPD) und Jürgen Trittin (Grüne), weitere Mitglieder etwa BDI-Chef Ulrich Grillo, DGB-Chef Reiner Hoffmann sowie Atom-Lobbyist und Ex-Atomaufseher Gerald Hennenhöfer.

Erwiderung

Die komplette Erwiderung von Jochen Stay auf die dreisten Behauptungen der Atomwirtschaft ist acht Seiten lang und nachzulesen unter www.ausgestrahlt.de/afk



Foto: privat

„Es reicht nicht aus, die Wunden zu verbinden“

Porträt Gerhard Keller, 55, Mitbegründer des Arbeitskreises „Leben nach Tschernobyl“ im hessischen Lang-Göns, hilft den Opfern der Atomkatastrophe – und streitet dafür, neue Opfer zu verhindern

Ich bin in Nordhessen groß geworden. Ich war so 16, 17 Jahre alt, als nur 14 Kilometer weiter, in Borken, ein Atomkraftwerk gebaut werden sollte. Ein Lehrer von mir war in der Bürgerinitiative. Da habe ich mich auch informiert und gemerkt, wie man so belogen wird, und da fing das an, Brokdorf, Gorleben und diese Stationen.

Das Thema hat mich dann nicht mehr losgelassen und ich habe mich in der Anti-AKW-Bewegung engagiert. 1990 habe ich in Gießen einen Vortrag gehört, von einem Anatolij Artemenko aus Kiew, der hat direkt berichtet von den Auswirkungen der Reaktorkatastrophe 1986 in Tschernobyl. Sein Elternhaus steht dort. Mich hat der Vortrag so beeindruckt und ich fand das so furchtbar, dass ich gedacht habe, ich will da irgendwas unternehmen. Ich bin zu ihm hin und habe ihm gesagt, wenn er mir Adressen von Menschen gibt, die evakuiert worden sind, dann könnte ich versuchen, Hilfe zu organisieren. Ich wollte nicht etwas Anonymes machen, sondern wissen, die Hilfe geht an diese und diese Menschen.

Bevor er abgereist ist, hat er eine lange Namensliste in meinen Briefkasten geworfen. In Kyrillisch, das hab ich übersetzen lassen und das war dann der Kontakt nach Borispol. Damals ging das noch mit Faxnummern, ich habe das Fax der Uni genutzt, da war manchmal die Leitung stundenlang nicht frei. Die Leute, die ich auf diese Weise in Borispol kennengelernt habe, das ist die Gruppe, mit der wir heute noch Kontakt haben. Borispol ist 170 Kilometer von Tschernobyl entfernt, dort hin wurden ganz viele Menschen evakuiert.

Die Friedensgruppe der Lang-Gönser Kirchengemeinde mit Pfarrer Klein organisierte um diese Zeit eine Freundschafts- und Versöhnungsfahrt nach Russland, Weißrussland und in die Ukraine. Ich selbst war in der Gießener Initiative gegen Atomanlagen, und als ich von der geplanten Russland-Tour hörte, informierte ich die Friedensgruppe über die Lage und meinen Kontakt zu den Menschen aus Tschernobyl und bat darum, die von mir aus Spendenmitteln beschafften Hilfsmittel wie Medikamente, Vitamintabletten, Einmalhandschuhe und so weiter mitzunehmen. Die Friedensgruppe hat dann selbst noch heftig Spenden gesammelt. Nach dieser ersten Fahrt war das Thema Tschernobyl auch für sie deutlich und viele waren bereit, mit Pfarrer Klein und mir weiterzumachen. Ich war sehr froh, weil es für mich allein doch zu viel war. So ist der Arbeitskreis entstanden, im Oktober 1990, und in der Gründungsurkunde steht, dass wir nicht nur humanitäre Hilfe leisten wollen, sondern auch politisch tätig sind. Das heißt, wir haben zwei gleichberechtigte Standbeine: Aktionen gegen Atomenergie und humanitäre Hilfe für die Opfer der Reaktorkatastrophe.

Zu Beginn haben wir die Konvois noch komplett selbst durchgeführt, haben einen oder mehrere Lkw gechartert, vollgeladen und sind losgefahren. Heute nimmt eine Expedition aus Borispol auf ihrem Rückweg von Deutschland die Sachen mit. Wir haben zu Beginn auch Kinderurlaube organisiert wie viele andere Tschernobyl-Initiativen; das waren die ersten vier, fünf Jahre. Die Kinder waren in Jugendheimen untergebracht und zum Teil in

Familien. Dadurch sind die intensivsten Beziehungen entstanden. Wir haben diese Art der Arbeit eingestellt, weil wir der Meinung sind, dass die Mittel, die da ausgegeben werden, effektiver eingesetzt werden können. Also haben wir einen Kindergarten in Borispol unterstützt. Seit 25 Jahren ist da unser fester Ansprechpartner der Verein „Kinder von Tschernobyl“, der von Evakuierten gegründet wurde. Bis heute sind das dieselben Personen. Damit in Borispol unabhängige Strahlenmessungen möglich sind, haben wir gleich zu Beginn ein Strahlenmessgerät nach Borispol gebracht. Aber die Strahlenbelastung dort ist nicht vergleichbar mit der in den stärker verseuchten Regionen.

Was ich selbst vor Ort gesehen habe, war eine Katastrophe. Vor allem, was die hygienischen Zustände im Bezirkskrankenhaus betraf. Nicht, weil den Leuten Hygiene nicht wichtig war – es gab das Geld einfach nicht. Wir haben für das Krankenhaus viele Geräte wie Ultraschall und EKG organisiert und sogar einen OP-Saal komplett neu hergerichtet. Bis heute ist die Armut vieler Menschen dort für uns völlig unvorstellbar. Durch den politischen Konflikt in der Ukraine haben sich die wirtschaftlichen Probleme noch einmal gravierend verschärft.

Es gibt eine ziemlich schöne Geschichte von einem jungen Mann, der 1992 als Kind bei uns im Kinderurlaub war, Valentin Avramenko. Heute ist er Anästhesist in Borispol an der Klinik. Er hat uns im November 2013 einen Brief geschrieben. Wir hätten ihm zweimal einen Traum erfüllt: damals mit dem Kinderurlaub und heute dadurch, dass wir ihm für seine Arbeit ein Laryngoskop organisieren konnten, ein medizinisches Hilfsinstrument zur künstlichen Beatmung.

Wir wollen, dass die Leute vor Ort trotz der schlimmen Armut eine Perspektive sehen. Wir haben vor einiger Zeit hochwertige Nähmaschinen geliefert, mit denen nun junge Leute nähen lernen; es gibt dort jetzt eine Nähstube. Noch wichtiger ist die Kleiderkammer in Borispol. Wir sammeln regelmäßig gute, gebrauchte Kleidung, die in Borispol über die Kleiderkammer an Tschernobyl-Opfer und Bedürftige abgegeben wird. Außerdem betreibt die Borispoler Gruppe in den kalten Wintermonaten eine Suppenküche, die wir durch Spenden finanzieren.

Wir denken, es reicht nicht aus, nur die Wunden zu verbinden – man muss auch die Ursache bekämpfen. Also organisieren wir immer wieder Referenten, haben viele Anti-Atom-Demos mit initiiert. Ich habe in den 90er Jahren den Arbeitskreis davon überzeugt, den damaligen Boykott gegen Siemens mitzutragen, der Konzern hat ja fast alle AKW in Deutschland gebaut. Das gab heftigste Diskussionen, wir haben auch Spender verloren. Es war uns unterm Strich aber wichtiger, glaubwürdig zu sein.

Einmal haben wir in Geschäften in Gießen und Lang-Göns 3.000 Holzklötzchen mit Radioaktivitätszeichen verteilt – als das symbolische Pro-Kopf-Volumen von Atom Müll, das bisher angefallen war. Die Kunden konnten das Klötzchen an Ort und Stelle in einen Umschlag stecken und an ihre Wahlkreis-Abgeordneten schicken, zusammen mit einem vorformulierten Brief, dass sie ihren Teil an die Verantwortlichen abgeben. Zusätzlich

haben wir an einem Sonntag vor dem jährlichen Tschernobyl-Gottesdienst einem Bundestagsabgeordneten der CDU Briefe mit den Holzklötzchen in den Garten geschüttet. Seine Frau hat die Polizei gerufen, die wollte erstmal unsere Personalien aufnehmen. Wir haben gesagt, geht nicht, wir hätten keine Zeit, da müssten sie in den Tschernobyl-Gottesdienst nach Lang-Göns kommen. Sehr erfolgreich war auch unser Aufruf an die evangelischen Pfarrer in Mittelhessen, keine Produkte mehr von Siemens zu kaufen. 33 von ihnen haben sich öffentlich bekannt und mitgemacht, es gab einen ziemlichen Wirbel um die Sache und hat uns in der Süddeutschen Zeitung einen Zweispalter im Wirtschaftsteil gebracht. Meine Erfahrung ist: Wenn man eine gute Gruppe zusammenbekommt und es ein bisschen schlau anstellt, kann man richtig viel erreichen. Und zwar sowohl im humanitären Bereich als auch auf der politischen Ebene.

Die Arbeit im politischen Bereich hat sich heute verschoben – wir machen weniger direkte Aktionen und organisieren stattdessen Vorträge und Informationsveranstaltungen. Das liegt auch daran, dass sich der Kampf um die Form der Energienutzung verlagert hat. Er findet jetzt auf der ökonomischen Ebene statt, wo er schon immer hingehörte. Unsere Arbeit und Präsenz in der Gemeinde und den Zeitungen hält das Thema mit am Laufen.“

Protokoll: Julia Schumacher



Anti-Atom-Aktion des Arbeitskreises „Leben nach Tschernobyl“ 1993, gemeinsam mit der Gießener Initiative gegen Atomanlagen



Fotos: privat

„Bevor er zurück in die Ukraine reiste, warf er eine lange Namensliste in meinen Briefkasten. In Kyrillisch.“

„Der Siemens-Boykott gab heftigste Diskussionen, wir haben dadurch sogar Spender verloren.“



Mehr als 40 humanitäre Hilfstransporte mit 600 Tonnen Hilfsgütern im Wert von rund acht Millionen Euro, 300 Arbeitskreistreffen, 50 Vortragsabende, zahlreiche Demonstrationen und Aktionen – im Oktober 2015 feierte der Lang-Gönser Arbeitskreis „Leben nach Tschernobyl“ sein 25. Jubiläum. Mehr unter www.ak-tschernobyl-langgoens.de



Der Castor kommt – bald

Foto: PulaBViewing

Hintergrund Der bisher letzte Castor rollte 2011, nach Gorleben. Für die nächsten Jahre sind neue Transporte in Vorbereitung – zu unterschiedlichen Standorten

Seit 2013 sind Castor-Transporte nach Gorleben gesetzlich untersagt. Genau so lange tobte der Streit zwischen Bund und Ländern, wohin die ursprünglich noch für Gorleben vorgesehenen 26 Atommüll-Behälter aus La Hague (F) und Sellafield (GB) stattdessen rollen sollten.

Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) hat nun vier Standorte benannt; selbst das bis zuletzt störrische Bayern hat zugestimmt. Die fünf Behälter aus La Hague sollen demnach voraussichtlich 2017 im badischen Philippsburg abgestellt werden. Von 2018 bis 2020 ist jährlich ein Transport von sieben Castoren mit hochradioaktiven Glaskokillen aus Sellafield geplant: nach Brokdorf (Schleswig-Holstein), Biblis (Hessen) und Ohu (Bayern), wobei die Reihenfolge noch nicht feststeht.

Entsorgungsnachweis gefährdet

Von der Grundsatzfrage mal abgesehen, ob es moralisch gerechtfertigt ist, Müll aus hiesigen AKW in Frankreich und Großbritannien zwischenzulagern, gibt es genügend Gründe, die Transporte abzulehnen. Keine der Zwischenlagerhallen ist gegen den Absturz eines großen Verkehrsflugzeugs geschützt (siehe Seite 24). Würde ein Behälter während der jahrzehntelangen Lagerung defekt, kann er nicht repariert werden, weil es keine heißen Zellen gibt.

Ein umfassendes neues Genehmigungsverfahren für die Einlagerung will die Bun-

desregierung unbedingt vermeiden. Denn dabei könnte, wie in Brunsbüttel, am Ende die ganze Halle gerichtlich gesperrt werden. Und das hätte zumindest in Philippsburg, Brokdorf und Ohu, wo noch Reaktoren laufen, weitreichende Folgen: kein genehmigtes Zwischenlager, kein Entsorgungsnachweis, kein weiterer AKW-Betrieb ...

Castor-Hauptstadt Ahaus

Die baden-württembergische Landesregierung plant darüber hinaus, ab 2017 mit Binnenschiffen 15 Castor-Behälter aus dem abgeschalteten AKW Obrigheim über den Neckar zum AKW Neckarwestheim zu schaffen. Der

bombentaugliche Atommüll aus dem Forschungsreaktor in Garching bei München soll ab 2017 in fünf Castoren ins westfälische Ahaus verschoben werden.

Das droht nicht nur deswegen zur Castor-Hauptstadt der Republik zu werden. Für den Fall nämlich, dass der von der Bundesregierung favorisierte Export von 152 Behältern aus Jülich in die USA scheitert, ist Plan B ein Transport derselben nach Ahaus. Und geht es nach der Atomindustrie, sollen ab 2025 weitere 150 Castoren mit hochdruckkompaktierten radioaktiven Abfällen aus La Hague rollen, ebenfalls nach Ahaus.

Jochen Stay



Stand Januar 2016

.ausgestrahlt-Shop

.ausgestrahlt unterstützt Dich mit Materialien für Dein Engagement gegen Atomkraft. Seite heraustrennen, ausfüllen, dabei nicht vergessen, auf der Rückseite Deine Adresse einzutragen, und per Fax (040 2531-8944) oder Post senden an: .ausgestrahlt, Marienthaler Str. 35, 20535 Hamburg. Oder einfach online bestellen unter www.ausgestrahlt.de/shop

Brennelemente-Steuer nicht abschaffen

„Merkel plant“-Plakat

CDU und CSU wollen die Brennelemente-Steuer Ende 2016 abschaffen. Damit würden sie den AKW-Betreibern Milliarden schenken. Nicht mit uns!

- _____ A2 – kostenlos M-305-12
- _____ A3 – kostenlos M-305-01

Info-Klappkarte „Merkel plant“

Version Brennelemente-Steuer „pur“

- _____ A6, vierseitig – kostenlos M-305-13

Version für Veranstaltungen zu den Jahrestagen Fukushima/Tschernobyl 2016

- _____ A6, vierseitig – kostenlos M-310-02

Unterschriftenliste

Platz zum Sammeln von jeweils 14 Unterschriften

- _____ A4, zweiseitig – kostenlos M-305-02

Sofortausstieg

Flyer

„Der sofortige Atomausstieg ist möglich“

- _____ DIN lang, 6-seitig – kostenlos M-307-06



Windschutzscheiben-Kärtchen

Kärtchen mit Infos zur Brennelemente-Steuer zum Ankleben an die Scheiben parkender Autos

- _____ A8, kostenlos M-305-03

Hintergrund-Info „Brennelemente-Steuer“

Fragen und Antworten zur geplanten Steuer-Befreiung für Atomkraftwerke

- _____ A5, vierseitig – kostenlos M-305-04

.ausgestrahlt

ausgestrahlt-Magazin Nr. 30

Zum Auslegen und Verteilen

- _____ A4, 24 Seiten – kostenlos M-121-30



Jahrestage Fukushima und Tschernobyl

Ausstellung

„Fukushima, Tschernobyl und wir“
15 Plakate (inkl. Türplakat) zu Fakten und Folgen der beiden schlimmsten Reaktorunfälle bisher. Format A1, 60 x 80 cm

- _____ 120 Euro Soli-Preis V-310-01
- _____ 60 Euro Normal-Preis V-310-01-2
- _____ 30 Euro Leider-leider-Preis V-310-01-3



Ankündigungsplakat für die Ausstellung
Mit Freifläche für einen Überkleber mit Zeit und Ort Deiner Ausstellung

- _____ A2 – kostenlos M-310-11
- _____ A3 – kostenlos M-310-04



Ankündigungsplakat für Mahnwachen
Mit Freifläche zum Eintragen Deines Veranstaltungstermins

- _____ A2 – kostenlos M-310-09
- _____ A3 – kostenlos M-310-10



Info-Broschüre „Fukushima und Tschernobyl“
Fragen und Antworten zu den beiden bisher größten Atomkatastrophen

- _____ A6, 40 Seiten – 40 Cent (ab 10 Exemplare: 30 Cent/Stck.) V-125-12



Plakat „Fukushima und Tschernobyl“

- _____ A1 Querformat – kostenlos M-310-06
- _____ A2 Querformat – kostenlos M-310-07
- _____ A3 Querformat – kostenlos M-310-08



Aufkleber „5 Jahre Fukushima – 30 Jahre Tschernobyl“

Für drinnen und draußen geeignet

- _____ 16 x 6,5 cm – kostenlos M-310-03



Ankündigungsplakat Demo Neckarwestheim
Für die Demo am 6. März

- _____ A3 – kostenlos M-310-12



Adresse

Vorname: _____
 Nachname: _____
 Straße, Nr.: _____
 PLZ, Ort: _____
 E-Mail: _____

Ich bestelle die Materialien wie eingetragen und bitte um Lieferung an oben angegebene Adresse. Es fallen zusätzlich 4,70 Euro für Versand und Verpackung an. Ich überweise nach Erhalt der Lieferung und Rechnung.

Bitte schickt mir regelmäßig kostenlos: per Post das .ausgestrahl-Magazin den E-Mail-Newsletter

Datum, Unterschrift: _____
 an .ausgestrahl, Marienthaler Str. 35, 20535 Hamburg • Fax 040 2531-8944 • www.ausgestrahl.de/shop



Atomkraft in Ungarn

Hintergrund Laufzeitverlängerungen für alle Reaktoren und Neubaupläne für zwei weitere – auch wenn es sich nicht rechnet



Nur einen einzigen AKW-Standort gibt es in Ungarn: Paks, etwa 100 Kilometer südlich von Budapest. Hier stehen vier alte, gefährliche Reaktoren aus der Sowjet-Ära vom Typ WWER 440/213 – derselbe wie die Blöcke 5 und 6 des AKW Greifswald, die beim Ende der DDR stillgelegt wurden. Die Meiler in Paks sind zwischen 1982 und 1987 in Betrieb gegangen, vorgesehen war eine Laufzeit von 30 Jahren. Für Block 1 und 2 ist diese bereits um 20 Jahre verlängert worden, für Block 3 und 4 läuft das Verfahren noch. Parallel dazu gibt es Pläne für den Neubau von zwei weiteren russischen Reaktoren am selben Standort.

Betreiber des AKW Paks ist der staatliche Stromversorger MVM. Mit ihrer Gesamtkapazität von 2.000 Megawatt erzeugen die vier Reaktoren mehr als die Hälfte des in Ungarn produzierten Stroms. Mehr als 30 Prozent des ungarischen Strombedarfs werden allerdings importiert.

Neubau-Verträge mit Russland

Der Parlamentsbeschluss zum Neubau zweier Reaktoren stammt von 2009. Gemäß den dazu Anfang 2014 in Moskau unterzeichneten Vereinbarungen soll die Föderale Agentur für Atomenergie Russlands (Rosatom) zwei 1.200-Megawatt-Blöcke vom Typ WWER-1200/V491 errichten. Russland wird Ungarn dafür bis zu 10 Milliarden Euro leihen, was vier Fünftel der Kosten decken soll; die verbleibenden 20 Prozent müsste Ungarn direkt bezahlen. Die kalkulierten Gesamtkosten des Projekts belaufen sich demnach auf 12,5 Milliarden Euro.

Die umweltrechtliche Genehmigung wird voraussichtlich 2016 erteilt werden, 2018 sollen die Bauarbeiten beginnen und die beiden Reaktoren 2025 beziehungsweise 2026 in Betrieb gehen. Allerdings hat die EU-Kommission gegen Ungarn ein Verfahren wegen eines möglichen Verstoßes gegen EU-Regeln eingeleitet, weil der AKW-Bau ohne Ausschreibung direkt an Rosatom vergeben wurde. Und die Generaldirektion Wettbewerb teilte mit, sie werde das Projekt prüfen, weil es schwerwiegende Verdachtsmomente gebe, dass das geplante Finanzierungsmodell eine unrechtmäßige staatliche Unterstützung darstelle.

In Ungarn gibt es nur eine Handvoll Organisationen, die Anti-Atom-Themen behandeln. Kontinuierlich zum AKW Paks arbeiten Greenpeace und Energiaklub, andere Organisationen spielen nur zeitweise eine – wenn auch wichtige – Rolle. Lokale Initiativen sind selten; den stärksten Widerstand gibt es in der Stadt Pécs, in deren Umgebung das Langzeitlager für die abgebrannten Brennelemente geplant ist. Auf politischer Ebene opponieren die grünen Parteien LMP und PM gegen die Pläne. Andere Oppositionsparteien sind meistens pro Atomkraft, äußern aber hin und wieder auch Kritik an dem Projekt.

Die AtomkraftgegnerInnen haben gute Argumente auf ihrer Seite. So würde das Neubauprojekt nicht nur die politische Abhängigkeit und die Energieabhängigkeit von Russland verstärken, sondern es ist auch ökonomisch ein schlechtes Geschäft: Atomkraft ist teuer, die Investitionskosten werden sich unabhängigen Gutachten zufolge niemals amortisieren – nicht einmal, wenn man mit

den offiziellen Zahlen rechnet. Bei gleichzeitigem Betrieb von sechs Blöcken gäbe es nukleare Überkapazitäten. Und die in großen Mengen anfallende Abwärme könnte zudem zu einer Überhitzung der Donau führen.

Mehrheit für Erneuerbare

Meinungsumfragen zufolge sind zwar mehr als 60 Prozent der UngarInnen nicht gegen den Betrieb der bestehenden Reaktoren in Paks. Nichtsdestotrotz sind nur 31 Prozent mit den Neubauplänen einverstanden und 60 Prozent dagegen. 66 Prozent würden in Zukunft erneuerbare Energien fördern, während Atomkraft nur von 16 Prozent als die beste Option angesehen wird.

Wenn Ungarn die Energiewende verpasst, wird es in dem unökologischen, nicht nachhaltigen Energiesystem der Vergangenheit stecken bleiben, das hohe Umweltkosten und sinkende Wettbewerbsfähigkeit nach sich zieht. Anstatt in die unnötige Atomkraft zu investieren, sollte Ungarn aufhören, Investitionen in erneuerbare Energiequellen zu behindern. Mit den richtigen Maßnahmen und Anreizen für erneuerbare Energien und Energieeffizienz kann Ungarn aus der Atomkraft ganz aussteigen.

András Perger

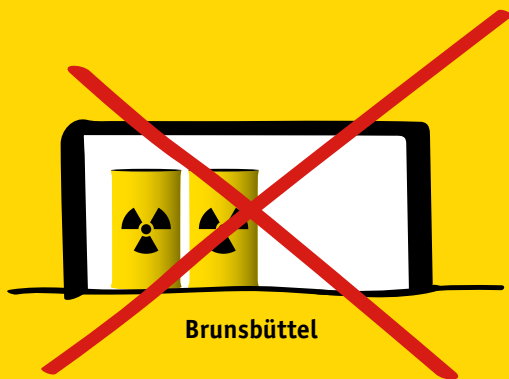
András Perger ist Klima- und Energie-Campaigner bei Greenpeace Ungarn



„Ich fördere .ausgestrahlt, weil ich nicht möchte, dass unsere nachfolgenden Generationen mit noch mehr Atommüll belastet werden, als es schon der Fall ist.“

Ekkehard Fangohr, Hamburg

→ www.ausgestrahlt.de/foerdern



Brunsbüttel

Präzedenzfall Brunsbüttel?

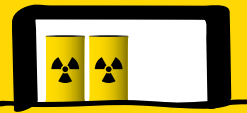
Die Zwischenlager-Halle in Brunsbüttel hat ihre Genehmigung verloren, weil sie nicht stabil genug gebaut ist. Alle anderen Castor-Hallen in Deutschland sind entweder baugleich oder weniger massiv. Trotzdem werden sie weiter mit Atommüll befüllt.



Brokdorf



Grohnde



Krümmel

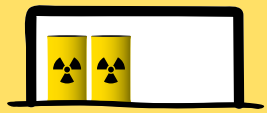


Unterweser

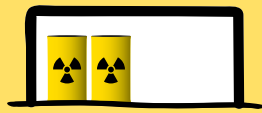


Lingen

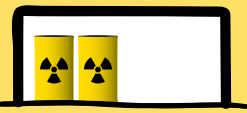
Deckenstärke: 130 cm • Wandstärke: 120 cm



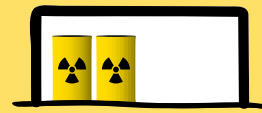
Biblis



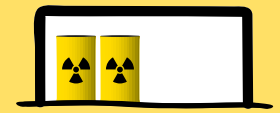
Grafenrheinfeld



Gundremmingen

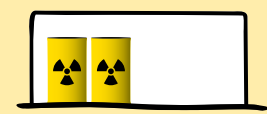


Isar/Ohu

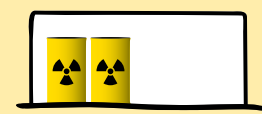


Philippsburg

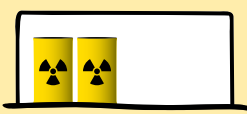
Deckenstärke: 55 cm • Wandstärke: 85 cm



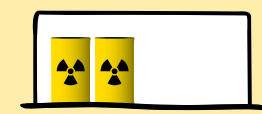
Ahaus



Gorleben



Lubmin



Jülich

Deckenstärke: 20 – 55 cm • Wandstärke: 20 – 60 cm